



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

Prorektor zum Thema Drittmittel

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

Rektorat ist „drittmittelfreundlich“, aber:

„Forschungsergebnisse gehören in wissenschaftliche Öffentlichkeit“

Paderborn (ghp). "Das Rektorat ist grundsätzlich drittmittelfreundlich, weil mit Drittmitteln die Forschung und der wissenschaftliche Nachwuchs gefördert werden." Mit dieser "wissenschaftspolitischen Aussage" leitete Prorektor Prof. Dr. Eckhard Schlimme zwei aufschlußreiche und informative Stunden im Hörsaal H 1 ein. Der AStA hatte ihn gebeten, zur Problematik der Drittmittel Stellung zu nehmen. "Aber", so fuhr Schlimme fort, "das Rektorat vertritt den Grundsatz, daß die Forschungsergebnisse in die wissenschaftliche Öffentlichkeit gehören, und zwar in eine neutrale Publikation und nicht in eine firmeneigene." Das Rektorat habe prinzipiell nichts dagegen, daß dem Drittmittelgeber wirtschaftliche Vorteile aus der von ihm finanzierten Forschung erwachsen. Allerdings dürfe die Hochschule auf keinen Fall zu einer "verlängerten Werkbank der Industrie" werden. Die fange dann an, wenn Forschung "ausschließlich dem Drittmittelgeber nützt und sonst keinem".

Als "Grenzen der Drittmittelforschung" nannte Schlimme zum einen die Personal- und Ausstattungssituation. Zum anderen betonte er: "Das Rektorat ist der Auffassung, daß eine Hochschule nicht bei allen Forschungsvorhaben auf Partner angewiesen sein darf, d.h. daß sie unabhängig von anderen ihre Forschungsziele zu definieren hat. Sonst gäbe

es bald keine Grundlagenforschung mehr." Diese könne nur vom Staat ermöglicht werden. Das Rektorat befürchte aber, daß sich dieser durch eine einseitige Forcierung der Drittmittelforschung "aus der Pflicht entläßt". Schlimme: "Erhöhte Drittmittelanwerbungen dürfen auf keinen Fall zur Reduzierung der staatlichen Zuwendungen führen."

Was sind nun eigentlich Drittmittel? Das legen auf Landesebene das Wissenschaftliche Hochschulgesetz (WissHG) und ergänzend dazu der sogenannte "Drittmittel-Erlaß" vom 1. August 1984 fest. In Paragraph 98 des WissHG heißt es: "Mitglieder der Hochschule können im Rahmen ihrer dienstlichen Aufgaben Forschungs- und Entwicklungsvorhaben durchführen, die nicht oder nur teilweise aus den der Hochschule zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln finanziert werden (Drittmittelprojekte)." Der Unterschied zur "Nebentätigkeit": Der Drittmittelforscher bekommt kein Honorar und ist verpflichtet, die Ergebnisse seines wissenschaftlichen Tuns "in absehbarer Zeit" (§ 97 WissHG) zu veröffentlichen.

Nach Auskunft des Prorektors kommen als Drittmittelgeber folgende Zuwender in Frage: 1.) öffentliche (z.B. die Deutsche Forschungsgemeinschaft, Bundesministerien und -behörden, Landesministerien und -behörden, in Einzelfällen auch Kommunen und die Euro-

päische Gemeinschaft); 2.) Stiftungen (z.B. die Stiftung Volkswagenwerk) und 3.) private (Firmen unterschiedlicher Größenordnungen).

Einer der bedeutendsten Zuwender ist die DFG. 1983 erhielt die Universität-Gesamthochschule Paderborn 45 Prozent ihrer Drittmittel von dieser Einrichtung, das waren mehr als 2 Millionen Mark. Nach Auskunft des Forschungsreferenten Dr. Burkhard Friedel werben an der Uni-GH die Ingenieure 50 Prozent der DFG-Mittel ein (auf Bundesebene 32,9 Prozent), die Geisteswissenschaftler aber nur 10 Prozent (bundesweit 31,2 Prozent). Schlimme: "Die Geisteswissenschaften sind bei uns vielleicht etwas zu aktivieren."

Auf insgesamt rund 5 Millionen Mark belaufen sich die Drittmittel, mit denen im gerade vergangenen Jahr an der Paderborner Hochschule Forschungsvorhaben finanziert worden sind. Verwaltet wurde das Geld - so will es der Erlaß - von der Hochschule. Demgegenüber sieht der Novellierungsentwurf für das Hochschulrahmengesetz eine weitgehende Verlagerung in die Hände der Wissenschaftler selbst vor. Dazu Prorektor Schlimme: "Wir sind der Meinung, daß die Verwaltung durch die Hochschule der richtige Weg ist, auch wenn Drittmittelgeber oft die zu geringe Flexibilität kritisieren. Doch auch eine Hochschulverwaltung ist lernfähig."

Die anwesenden Studenten interessierte vor allem, inwieweit einem Wissenschaftler bei der Einwerbung auch Grenzen gesetzt sind. Ein Zuhörer nannte ein Beispiel: "Ein Professor will mit Geldern der Bundeswehr eine neuartige Vernichtungs-

waffe konstruieren." Prof. Eckhard Schlimme wies darauf hin, daß der Wissenschaftler - solange er sich im rechtlich vorgegebenen Rahmen bewegt - die Inhalte des Forschungsprojektes selbst bzw.

mit dem Drittmittelgeber abstimmt, d.h. in seinen Zielvorstellungen frei ist. Das Rektorat könne höchstens moralischen Druck auf ihn ausüben. "Doch", so Schlimme, "im Extremfall könnte er es durchsetzen."

"Das Horrorgemälde, das mein linker Nachbar entwirft, ist natürlich Unfug", die Heidelberger Hochschullehrerin Prof. Dr. Wisniewski, CDU/CSU-MdB, verteidigte das Vorhaben ihrer Kollegin Dorothee Wilms. Die Expertenkommission, die mit dem Entwurf für die HRG-Novelle beauftragt wurde, habe "gravierende Mißstände im Hochschulbereich" entdeckt, so gesehen handele es sich bei der Novelle nur um eine "Teilkorrektur". Eine Wiedereinführung der Ordinarien-Universität sei gar nicht beabsichtigt - "obwohl sie einiges für sich hat". Entscheidend sei lediglich, daß an "der Spitze der Uni" ein Professor stehen "kann". Die Gruppenuniversität werde nicht abgeschafft, wenn auch "jemand, der lernt, nicht dieselben Funktionen wahrnehmen" könne, wie "jemand, der lehrt". Auch die Gesamthochschulen blieben erhalten (Zwischenruf: "Die werden aber ausgehöhlt"). Nicht einmal die Drittmittelforschung werde "wesentlich verändert".

Zum Stichwort "Eliteförderung" meinte Wisniewski: "Es werden Seminare für besonders einsatzbereite Studenten eingerichtet". Entgegnung eines Zwischenrufers: "Also doch Kadetten." Diesen Begriff charakterisierte die Bundestagsabgeordnete als unzutreffend. Mit dem Wort "Kadett" werde auch immer "Drill" assoziiert. Davon könne in diesem Zusammenhang keine Rede sein. Aber: "Es gibt durchaus Studenten, die bereit sind, die 80-Stunden-Woche, die ein Professor leistet, ebenfalls zu leisten."

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerd Weisskirchen siedelte diejenigen, die die Novelle begrüßen, "am äußersten rechten Rand" an. Die

Hearing des ASTA zur HRG-Novelle:

Wird Lehre immer leerer und Forschung immer forscher?

Paderborn (ghp). "Die Studentenschaft ist heute in der Situation, etwas verteidigen zu müssen, was sie eigentlich ablehnt", so Ulrich Walwei, Vorsitzender des Allgemeinen Studentenausschusses (ASTA) der Universität-Gesamthochschule Paderborn zu Beginn einer Podiumsdiskussion, die die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) zum Thema hatte. Das bestehende HRG kam nach langwierigen Auseinandersetzungen im Jahre 1976 zustande, wurde von allen Parteien getragen und galt als historischer Kompromiß. Allerdings liefen die Studenten damals dagegen Sturm.

Gerd Oelsner vom Verband der deutschen Studentenschaft (VDS) erläuterte, was den VDS heute an den Novellierungsplänen stört. Die neue Leitlinie heiße: "Elitenförderung", damit verbunden seien Eingangsteste und Aufnahmeprüfungen, Steilkurse und eine besondere Abhängigkeit von den Professoren. Oelsner: "Die Studenten sollen sich fortbewegen wie Schnecken. Wer am meisten Schleim absondert, kommt am besten vorwärts."

Weitere Kritikpunkte des VDS-Vertreters: Die Fach-

hochschulen werden nach Meinung Oelsners zu "Flachhochschulen" disqualifiziert, Gesamthochschulen kämen überhaupt nicht mehr vor, und der Professor könne von Lehraufgaben freigestellt werden. Fazit: "Die Lehre wird immer leerer und die Forschung immer forscher." Im Zusammenhang damit sei auch die Liberalisierung der Bestimmungen zur Drittmittelforschung zu sehen. Der Industrieeinfluß auf die Hochschulen werde ausgedehnt, dafür aber die "Friedensforschung abgeschossen". Der Studentenvertreter: "Die Hochschulen sollen zu Kadettenanstalten des Kapitals werden." Dazu passe auch die Abkehr von der Gruppenuniversität (Professoren, Studenten, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter stellen jeweils eine Gruppe) und die Rückkehr zur Ordinarien-Universität alten Stils. Deutlich machte Oelsner diese Wende an einem Zahlenbeispiel: In Paderborn seien zur Zeit noch von 23 Senatsmitgliedern zwölf Professoren; den Bestimmungen des HRG-Entwurfs folgend hätte ein zukünftiger Senat 48 Mitglieder, davon wären 37 Professoren.